

## Debatte über Medienförderung

**Medienpolitik** Die Regierungen der Ostschweizer Kantone haben sich am Freitag in Appenzell mit der Spitze von SRG und SRF getroffen. Im Zentrum der Diskussion sei die Medienförderung, die Rolle der Kantone sowie die weitere Entwicklung der Mediengesetzgebung gestanden. Bereits an ihrer Plenarkonferenz im Frühling habe sich die Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) mit medienpolitischen Fragen auseinandergesetzt. «Sie kam damals zum Schluss, dass eine ausgewogene regionale Berichterstattung von grundlegender Bedeutung ist, damit der Souverän seine demokratischen Rechte und Pflichten verantwortungsvoll wahrnehmen kann», heisst es im Communiqué. Die ORK habe allerdings von einer direkten Medienförderung abgesehen, da die Pressefreiheit zu respektieren sei. Im Gespräch mit der SRG-Spitze hätten die Ostschweizer Kantone ihre Sorge um Sparmassnahmen in den Regionen kundgetan. Die ORK habe sich dazu entschieden, die Medienförderung auf nationaler, regionaler oder kantonalen Stufe auch beim nächsten Treffen zu thematisieren. (sda)

# Fast eine Wahlempfehlung

Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat in Wil über die EU, starke Frauen und Paul Rechsteiner gesprochen.

**Katharina Brenner**

Stimmt es, dass sie die Stärkste ist im Bundesrat? Gefolgt von Viola Amherd, Simonetta Sommaruga und dann «den anderen». Das hätten seine Vorbereitungen ergeben, so Stefan Schmid, Chefredaktor des «St. Galler Tagblatts» und Moderator im Hof zu Wil. Lachen im Publikum. «Selbstverständlich», konterte Karin Keller-Sutter. Über die Reihenfolge rede sie zwar nicht. «Aber ja, die Frauen sind stärker.» Vor bald einem Jahr hat Wil seine neue Bundesrätin gefeiert, am Freitagabend hat sie bei einem Heimspiel vor 160 geladenen Gästen aus Politik und Wirtschaft gesprochen. Die Arbeit als Bundesrätin mache ihr Spass. Es gehe ihr trotz der vielen Arbeit, oder vielleicht gerade deshalb, sehr gut.

Gastgeber war das Wirtschaftsportal Ost (WPO). Der Verein, gegründet vor einem halben Jahr, will die Ostschweiz als Standort vermarkten, Netzwerke ermöglichen, Politik und



Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Hof zu Wil beim Anlass des Wirtschaftsportals Ost. Bild: Michel Canonica

Wirtschaft zusammenbringen. Die St. Galler Regierungsräte Stefan Kölliker und Marc Mächler sowie der Thurgauer Regierungsrat Walter Schönholzer sassen im Publikum.

In einem direktdemokratischen System sei die Wirtschaft auf die Politik angewiesen und anderherum, so Keller-Sutter. Mit dem Argument, Arbeitsplätze zu verlieren, sei es in letzter Zeit

allerdings schwierig geworden, Abstimmungen zu gewinnen. Die Begrenzungs-Initiative finde sie «sehr gefährlich». Ein Ausscheiden der Schweiz aus den bilateralen Verträgen wäre

schlimmer als der Brexit, die Schweiz würde zum Bittsteller werden. Bei den Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit der EU gab sich Keller-Sutter selbstbewusst. Sie lasse sich nicht einschüchtern und gehe davon aus, dass man gewisse Anpassungen machen könnte.

### Andere Kantone pflegen die Beziehung

Die Ostschweiz nehme sie in ihrem Alltag als Bundesrätin nicht besonders wahr. Die Genfer und Freiburger hingegen würden Beziehungspflege betreiben, die Freiburger Regierung habe sie kürzlich in corpore besucht.

Auf Schmidts Versuche hin, Keller-Sutter eine Wahlempfehlung für Paul Rechsteiner zu entlocken, appellierte die Bundesrätin allgemein, wählen zu gehen. Und sagte dann: «Es wäre schon schade, wenn Paul Rechsteiner nicht mehr wäre.» Es seien jetzt viele Junge mit wenig Erfahrung gewählt worden. «Es ist gut, wenn es auch solche mit Erfahrung hat.»

ANZEIGE

**Wir fördern vieles, was gesund hält.**

**Gesundheitskonto.** Weil gesund bleiben genauso wichtig ist wie gesund werden, beteiligen wir uns zum Beispiel an den Kosten für dein Fitnesssabo.

**Dein Gesundheitspartner. Ganz persönlich.**

Beratung in über 100 Agenturen, per Telefon unter 0844 277 277 oder auf [css.ch](http://css.ch)

## Blick über die Grenze

### Den Roten Bullen gebändigt

Wir befinden uns im Jahr 2019 nach Christus. Der Fruchtsafterhersteller Rauch will in einer Gemeinde 100 Millionen Euro investieren. Ganz Österreich würde sich um einen solchen Investor reißen. Ganz Österreich? Nein! Ein von unbeugsamen Voralbergern bevölkertes Dorf namens Ludesch hört nicht auf, der mächtigen Getränkeindustrie Widerstand zu leisten.

56 Prozent der Stimmberechtigten von Ludesch haben sich vor wenigen Tagen gegen ein Erweiterungsprojekt der Firmen Rauch, Red Bull und Ball ausgesprochen. Weil die drei Betriebe an ihre Kapazitätsgrenzen stossen, wollen sie Lager und Produktion ausbauen. Dafür hätten sie eine zusätzliche Fläche von 6,5 Hektaren benötigt.

In den Voralberger Gemeinden Ludesch und Nüziders werden Energy Drinks für die ganze Welt produziert. In einer ausgeklügelten Arbeitsteilung: Red Bull erzeugt in Ludesch das Konzentrat, schickt es nach Nüziders ins Abfüllwerk des Fruchtsafterherstellers Rauch, wo es an-

schliessend in Aludosen von Ball landet. Neun Millionen Dosen pro Tag verlassen das Werk.

Der Gemeinderat von Ludesch hätte die Expansionsstrategie unterstützt und votierte für eine Umzonung der betroffenen Flächen. Doch die Bürger fürchteten um wertvolle Ackerflächen und Grundwasservorkommen. So packten sie den Roten Bullen bei den Hörnern, gründeten eine Initiative und erzwangen eine Volksabstimmung.

### Fünf Millionen für einen neuen Kindergarten

Je näher die Abstimmung rückte, desto härter wurde die öffentliche Auseinandersetzung geführt. Drei Tage vor dem Termin machte Rauch den Ludeschern ein Angebot, das sie nicht ablehnen konnten. Der Getränkehersteller versprach der Gemeinde fünf Millionen Euro für einen neuen Kindergarten – sofern sie der Erweiterung zustimmte. Die Initianten reagierten empört: «Hält Rauch die Ludescher wirklich für käuflich?», schrieben sie auf ihrer Website. Und im österreichischen Fernsehen sagte ein Vater: «Wir brauchen zwar einen neuen Kindergarten, aber es geht auch ohne Rauch.»

Nach der Abstimmung mahnten Lokalpolitiker, man müsse Familienbetrieben wie Rauch in Voralberg eine Perspektive bieten. Eine solche hat die Firma im US-Bundesstaat Arizona offenbar bereits gefunden. Dort will sie für 250 Millionen US-Dollar ein Abfüllwerk bauen. Mit der Niederlage in Ludesch habe dies nichts zu tun, betont ein Firmensprecher.



Voralberger wehren sich gegen Expansionspläne von Red Bull.

Bild: Stefan Beusch

Michael Genova